

**Gladbeck:  
Stadt für alle  
und mit allen**

**DIE LINKE.**

**Programm zur  
Kommunalwahl 2020**

### **Hinweis zum Klima- und Umweltschutz**

Die Anpassung an den Klimawandel durchzieht unser gesamtes gesellschaftliches und privates Leben und lässt sich nicht von anderen Politikfeldern trennen.

### **Daher verzichten wir auf ein isoliertes Kapitel zu Klima und Umwelt.**

Stattdessen verbinden wir unser Engagement zum Klima- und Umweltschutz mit unseren anderen Themenfeldern und binden diese Themen bei jeder Entscheidung mit ein.

### **Hinweis zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**

Einzig und allein aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in diesem Programm auf Stern\*chen, Schräg/striche/ oder Großbuchstaben mitten im Wort, also die Nennung aller Geschlechter, verzichtet und ausschließlich die grammatisch männliche Form verwendet. Dies ist rein grammatikalisch gemeint, denn selbstverständlich gehen wir von einer Gleichstellung von Frau, Mann und allen anderen aus. Es sind immer alle Geschlechter angesprochen. Wir bitten um Verständnis.

## Inhaltsverzeichnis

Hinweis zum Klima- und Umweltschutz .....	2
Hinweis zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).....	2
<b>Olaf Jung – unser Spitzen- und Bürgermeisterkandidat .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Soziale Politik für alle .....</b>	<b>5</b>
1.1. Kinder- und Jugendpolitik.....	5
1.2. Wir sagen der Armut den Kampf an.....	6
1.3. Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier.....	7
1.4. Altern in Würde ermöglichen .....	9
<b>2. Stadtplanung: Für eine sozial gerechte und umweltgerechte Stadt.....</b>	<b>10</b>
<b>3. Mobilität für alle .....</b>	<b>13</b>
3.1. Vorrang für Rad und Nahverkehr .....	13
3.2. NEIN zur A52 – dabei bleiben wir!.....	14
<b>4. Miteinander leben .....</b>	<b>15</b>
<b>5. Bildung – kostenfrei für alle .....</b>	<b>17</b>
<b>6. Kultur für alle – kreativ und vielfältig .....</b>	<b>19</b>
<b>7. Sport und Freizeit.....</b>	<b>19</b>
<b>8. Gladbeck braucht den Schuldenschnitt.....</b>	<b>21</b>
<b>9. Öffentliche Aufgaben in öffentliche Hände.....</b>	<b>21</b>
<b>10. Transparenz in Politik und Verwaltung .....</b>	<b>22</b>

## Olaf Jung – unser Spitzen- und Bürgermeisterkandidat



Ich bin gebürtiger Gladbecker, 56 Jahre alt, Diplom-Ingenieur und lebe mit meiner Familie in Butendorf.

Ich mache seit 16 Jahren Politik in Gladbeck. Es ist eine soziale Politik für alle Menschen in Gladbeck, aber besonders für die nicht so gut Gestellten. Bezahlbarer Wohnraum, Bekämpfung der Armut, Integration der Zuwanderer und die Gleichstellung der Frauen gehören dabei unbedingt dazu, aber auch viele andere Dinge wie Umweltgerechtigkeit oder die

Rückführung öffentlicher Aufgaben in die öffentliche Hand.

Als Bürgermeister würde ich transparenter handeln als es momentan geschieht. Bei der kaum begründeten Verteuerung des Heisenberg-Neubaus um 10 Millionen Euro oder der mangelnden Kommunikation bei der Schwechater Straße 38 wurde gehandelt, ohne den Rat ausreichend zu informieren. Die Menschen müssen Hintergründe kennen, die Dinge müssen offen und nachvollziehbar für sie sein. Es geht um mehr Mitsprache und somit eine Stärkung der kommunalen Demokratie.

In der Kinder- und Jugendpolitik hapert es in Gladbeck mächtig. Da werden Schulen geschlossen und Kinder auf weite Schulwege geschickt. Die Schließung des Jugendtreffs KARO war definitiv ein Fehler, der rückgängig gemacht werden muss. Auch bezahlbarer Wohnraum fehlt in Gladbeck. Hier würde eine Quote für Sozialwohnungen abhelfen.

Wir bleiben beim Nein zur A 52 und zum Windrad auf der Mottbruchhalde. Gladbeck soll lebens- und liebenswert werden, sein und bleiben. Dazu gehört zwingend der Erhalt des Erholungswertes von Wittringen und die Entwicklung der Mottbruchhalde zu einem Bürgerpark.

## 1. Soziale Politik für alle

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern. Wir wollen das gemeinsame öffentliche Eigentum stärken. Kinder müssen wirksam vor Armut geschützt werden. Für Beschäftigte wie für Rentner und Erwerbslose fordern wir Respekt, Würde und ein gutes Leben. Wir kämpfen dafür, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Bürger muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Soziale Gerechtigkeit erfordert solidarische und ökologische Kommunen.

### 1.1. Kinder- und Jugendpolitik



Arbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Über 40 % der Gladbecker Familien gelten als arm oder armutsnah. Viele Eltern können ihren Kindern nicht einmal eine komplette Schulausstattung für die Einschulung bezahlen. Armut raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen, auch weil das bestehende deutsche Schulsystem zu den selektivsten der Welt zählt. Zugang zu höherer Bildung und

Bildungserfolg hängen in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Für DIE LINKE gehören zu einer gezielten Arbeitsmarkt- und Familienpolitik auch stärkere Anstrengungen zur Verbesserung der Kinderbetreuung.

Sind die Kinder einmal aus dem betreuungspflichtigen Alter heraus oder zu Jugendlichen geworden, hört es in Gladbeck ganz schnell auf mit Freizeitangeboten. Es gibt zu wenig städtisch geförderte Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Die damalige Schließung des Jugendtreffs KARO war definitiv ein Fehler. Deshalb hat DIE LINKE. Gladbeck seinerzeit die Initiativen für den Erhalt des KARO tatkräftig unterstützt.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ die Schaffung einer städtisch geförderten Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in jedem Stadtteil mit bedarfsgerechten Angeboten und Öffnungszeiten

## 1.2. Wir sagen der Armut den Kampf an



Durch die so genannten HARTZ-Gesetze wurde Deutschland zum Niedriglohnland. Aus Sorge vor dem Absturz in Hartz IV werden viele schlechter bezahlte und weniger abgesicherte Tätigkeiten angenommen. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist zwar eingeführt. Der Druck auf die Löhne, die Arbeitszeiten und die betrieblichen Rechte bleiben dennoch

bestehen, da viele Menschen in Werkverträge und Scheinselbstständigkeit gedrängt werden.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen Wege in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Deshalb brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle Beschäftigung. Statt mit öffentlichen Subventionen die Unternehmensprofite zu steigern, müssen gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gefördert werden.

### DIE LINKE sagt klar: HARTZ IV muss weg!

Weil dies jedoch eine bundespolitische Entscheidung ist, haben wir darauf als Kommunalpolitiker keinen Einfluss. Aber wir werden unseren Einfluss dort geltend machen, wo wir ihn haben, denn der Kreis Recklinghausen ist eine so genannte Optionskommune.

Diese ausgewählten Kommunen betreuen ihre Langzeitarbeitslosen selbst über ein städtisches Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit ist nicht für sie zuständig. Der Kreis hat die Stadt Gladbeck beauftragt, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Gladbeck sicher zu stellen.

Die Beteiligung Gladbecks am Jobcenter muss genutzt werden, um ein vorbildliches, respektvolles und vorurteilsfreies Verhalten der Beschäftigten gegenüber den ihnen anvertrauten Menschen zu erreichen. Wer arm oder arbeitslos ist, darf nicht an den Rand gedrängt werden. Vielmehr haben alle Klienten des Jobcenters einen Anspruch darauf, mit ihren jeweiligen Stärken und auch Unterstützungsbedarfen in den Mittelpunkt einer freundlichen, qualifizierten Beratung und Betreuung gestellt zu werden. DIE LINKE. Gladbeck lehnt Sanktionen durch Leistungskürzungen ab. Das Jobcenter hat einen

Betreuungs- und Vermittlungsauftrag jedoch keinen Erziehungsauftrag gegenüber Menschen in finanziellen Notlagen. Um diesem Betreuungs- und Vermittlungsauftrag gerecht zu werden ist es auch notwendig, die Zahl der Beschäftigten im Jobcenter zu erhöhen und sie entsprechend zu qualifizieren.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ einen Stopp der Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger
- ◀ einen Stopp von Sanktionen
- ◀ die Schaffung öffentlich geförderter, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs
- ◀ den Aufbau öffentlich finanzierter Hartz IV- und Sozialberatungsstellen
- ◀ eine bessere personelle Ausstattung und Qualifizierung der Beschäftigten

### 1.3. Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier



Frauen sind schon lange gleichberechtigt. Aber wie immer ist Recht haben und Recht bekommen nicht dasselbe. Frauen bekommen weniger Geld für gleiche Arbeit, sind häufiger in Teilzeit oder prekär beschäftigt und/oder alleinerziehend. Das alles führt zu weniger Rente und zu Altersarmut. Frauen sind häufiger Opfer von Gewalt und erledigen nach wie vor den Großteil der Familienarbeit. Sie sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und finden in männerdominierten Teams

weniger Gehör.

#### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Solange die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzig als **Frauenthema** wahrgenommen und behandelt wird, wird sich auf diesem Gebiet nicht viel ändern – spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie zerbrechlich die vermeintlich neuen Strukturen sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine **Elternangelegenheit**. Es geht nicht darum, dass die Frau „auch“ arbeiten „kann“ oder „darf“ (während der Mann Vollzeit arbeiten „muss“ und meist auch beruflich aufsteigt). Es geht darum, dass beide Elternteile die Verantwortung sowohl für die Familien- als auch für die Erwerbsarbeit in gleichem Maße tragen. Das gilt auch für getrennte bzw. geschiedene Elternteile. Die meisten Alleinerziehenden wären nur getrennt erziehend, wenn sie den Umgang mit dem anderen Elternteil nicht auf gelegentliche

Wochenenden und einen Teil der Ferien beschränken würden. Auch nach einer Trennung müssen beide Elternteile Verantwortung für die gemeinsamen Kinder übernehmen. Kostenlose Kita-Plätze vom ersten Lebensjahr an, Ganztagschulen und ebenso flexible wie originelle Arbeitszeitmodelle für alle Geschlechter würden den Boden dafür ebnet. Für all das muss sich allerdings zu allererst in den Köpfen von Vätern, Müttern und Arbeitgebern etwas bewegen, worauf wir wenig Einfluss haben. Jegliche Initiative zu einer entsprechenden Sensibilisierung werden wir gern unterstützen.

#### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Unsere Gesellschaft ist noch weit davon entfernt, Frauen für die gleiche Arbeit auch gleich zu bezahlen. Bedingt durch die stärkere Einbindung in die Familienarbeit sind Frauen außerdem häufiger in Teilzeit oder prekär beschäftigt. Wir fordern arbeitsmarktintegrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung von älteren und alleinerziehenden Frauen. Wir wollen mehr Teilzeitausbildungsverhältnisse, um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (auch für Väter) zu erleichtern. Wir fordern konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen.

#### Häusliche Gewalt

Trotz Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes nimmt die häusliche Gewalt nicht ab. Es fehlen ein professionelles Therapieprogramm für Täter und ausreichende Betreuungsangebote für die Opfer. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form geschützt werden. Hierbei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Wir fordern in Gladbeck die Stärkung, Erweiterung und Finanzierung der bisherigen Angebote (Frauenberatungsstelle, Frauennotruf, Mädchenzentrum etc.). Die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch müssen gesichert und ausgebaut werden. In Kooperation mit Schulen ist Mädchen und Frauen ein Angebot von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen zu machen. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss mit mehr Frauenparkplätzen und beleuchteten Wegen gewährleistet werden.

Gerade auch Frauen und Mädchen aus Einwandererfamilien gilt unsere Solidarität. Deshalb fordern wir die verstärkte Förderung von Projekten für Migrantinnen (z. B. kostenlose Sprachkurse für Frauen, Rechtsberatung, berufliche Unterstützung).

DIE LINKE kritisiert, dass Frauenhäuser bis heute keine finanzielle Absicherung haben. Hier steht vor allem das Land, aber auch die Stadt Gladbeck in der Pflicht. Es ist skandalös, dass Gewaltopfern in Gladbeck keine niederschwellige Zufluchtsmöglichkeit in einem Frauenhaus geboten werden kann. Schutz vor Gewalt an Frauen und Kindern darf nicht an den Kosten scheitern.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ eine gesicherte Finanzierung der Frauen- und Mädchenförderung in Gladbeck
- ◀ gezielte Arbeitsmarktprogramme für Alleinerziehende
- ◀ Schutzprogramme gegen körperliche und sexuelle Gewalt
- ◀ eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit

#### 1.4. Altern in Würde ermöglichen

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Das selbst bestimmte Leben im Alter ist für Senioren ein unteilbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Im Zentrum unseres Engagements stehen insbesondere diejenigen Senioren, die infolge des neoliberalen Kurses der Politik zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen die Hilfe und Unterstützung des Gemeinwesens benötigen.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern und Verschlechterung der medizinischen Versorgung). Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung von Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für::

- ◀ Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- ◀ einen Seniorentreffpunkt in erreichbarer Nähe
- ◀ Ehrenamt, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik
- ◀ bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen
- ◀ Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften
- ◀ Förderung von Wohnprojekten, in denen generationenübergreifendes Wohnen möglich ist

## 2. Stadtplanung: Für eine sozial gerechte und umweltgerechte Stadt

Für uns als LINKE steht Ökologie vor Ökonomie. Ziel muss es sein, schädliche Auswirkungen nicht nur zu verhindern, sondern auch in der Vergangenheit begangene Fehler zu korrigieren. Hierzu ist es nötig die Belange der Ökologie und des Umweltschutzes gemeinsam mit allen anderen raumbezogenen Politikfeldern zu betrachten.

### Bezahlbares Wohnen

**Eine Stadt für alle.  
Sozial bauen.  
Bezahlbar wohnen.**

**DIE LINKE.**

Für DIE LINKE. Gladbeck gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung in einem lebenswerten städtischen Umfeld. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik.

Dazu gehört, dass bei Wohnungsneubau ein Mindestanteil der Wohnungen einer sozialen Bindung unterliegt. Zudem geht der auf die Profitgier von Investoren zurückzuführende Vorrang der gesichtslosen Einfamilien- und Reihenhäuser bei der Ausweisung von Neubaugebieten an den Bedürfnissen der Gladbecker vorbei. Wir fordern deshalb diesen Vorrang aufzugeben. Die Stadt darf nicht an Spekulanten ausverkauft werden.

Ziel einer modernen Stadtentwicklung muss eine lebendige Stadt für alle sein. Das bedeutet, dass Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müssen. Dies ist nur durch eine integrierte Betrachtung all dieser Aspekte schon zu Beginn des Planungsprozesses möglich. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die schon jetzt gravierenden Schädigungen im sozialen Bereich und an

den noch vorhandenen ökologischen Strukturen in unserer Stadt aufzuhalten oder sogar umzukehren.

Derzeit werden immer wieder Wohnviertel mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben und zum Objekt von Spekulantentum und Kapitalinteresse. DIE LINKE gibt der Sanierung von bestehenden Wohnbaustrukturen eindeutig den Vorzug vor Neubaumaßnahmen. Hierbei ist der Erhalt und die Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Gladbecker zentrales Anliegen. Arbeit, Wohnen und Leben müssen eng gekoppelt werden. Dazu gehören auch Stadtteilzentren, in denen die Bürger ihre täglichen Besorgungen erledigen können. Wir setzen uns dafür ein, die Nahversorgung in allen Stadtteilen Gladbecks zu sichern.

### Klima- und Naturschutz



Unsere Stadt ist ein Lebensraum, nicht nur für Menschen. Vielfältiges städtisches Grün, Parks, Gärten, möglichst großräumige Landschaft- und Naturschutzgebiete und natürliche Bäche bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt. Wir setzen uns dafür ein, den gartenstädtischen Charakter weiter Teile der Stadt

zu erhalten und auszubauen. Wir wollen den Naturschutz stärken. Der Flächenverbrauch unserer schon heute dicht bebauten Stadt muss verringert werden. Kommunale Planungen müssen europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Der Wasser- und Bodenschutz muss bei allen Stadtplanungen Priorität haben und der Erhalt von Frischluftschneisen muss gewährleistet sein, damit unsere Siedlungen nicht zu Hitzeinseln werden. Dies gilt bei allen Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Im Zuge des Klimawandels werden wir bereits heute nicht nur von Hitze sondern auch von Starkregenereignissen bedroht. Hier muss mit einer dezentralen Regenwasserbewirtschaftung gegengesteuert werden, um die Gesundheit und das Hab und Gut der Gladbecker vor Überschwemmungen zu schützen.

### Gesundheitsschädliche Emissionen

Speziell der Schutz der Stadt vor Lärm, Feinstaub und Abgasen ist eine große Aufgabe für unsere Stadt, bei der bisher zu wenig getan wurde. DIE LINKE will die Tempo-30-Zonen auf den gesamten Siedlungsbereich Gladbecks ausweiten.

### Energieversorgung



Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden, um zukunftsfähig zu sein. Das Stromnetz gehört in die öffentliche Hand. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare und alternative Energien, bei deren Produktion strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet

werden muss. DIE LINKE. Gladbeck tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder dagegen schützen können. Dieser Missstand wird unter dem Begriff der Umweltgerechtigkeit zunehmend angegangen, dies muss auch in Gladbeck geschehen. Die Stadt kann mit einer aktiven Herangehensweise eine Vorreiterrolle in der Region einnehmen. Wir setzen uns dafür ein die Menschen vor den schädlichen Umwelteinflüssen zu schützen. Altlastenflächen und gefährliche Brachen in ökologische Flächen zurück verwandelt werden. Grünflächen müssen der Natur und der Erholung vorbehalten bleiben. Anstatt auf neuen Flächen müssen Gewerbeansiedlungen auf ehemaligem Betriebsgelände oder alten Industriebrachen erfolgen. Dies ist auch vor dem Hintergrund des 30-Hektar-Ziels geboten (die Bundesregierung will den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 ha pro Tag und bis 2030 auf weniger als 30 ha pro Tag senken).

Die Stadt Gladbeck hat eine deutschlandweit einmalige Dichte von Alleen im Straßenbild. Diese Besonderheit wollen wir schützen und weiter ausbauen. Hierzu gilt es die Straßenbäume, zum Beispiel mit Wassersäcken, zu schützen.

### Regionalität

DIE LINKE. Gladbeck unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transportwege vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich. Hierfür setzen wir uns sehr intensiv im Regionalverband Ruhr und im Ruhrparlament ein.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ die Nutzung des erheblichen Ausbaupotentials an Fernwärme, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von über 50 %

- ◀ ein kommunales Förderprogramm zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes
- ◀ Energiesparpläne bei städtischen Behörden und anderen öffentlichen Unternehmen
- ◀ eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt und entlang von A2 und B224
- ◀ Unterstützung der Naturschutzverbände
- ◀ Ausbau und Erhalt von Naherholungsbereichen
- ◀ mehr Transparenz in der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG
- ◀ mindestens 30% sozialer Wohnungsbau bei allen Neubauvorhaben
- ◀ Vorrang des Mietwohnungsbaus
- ◀ Beseitigung von städtebaulichen „Schandflecken“
- ◀ mehr Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet
- ◀ Stadtteilzentren zur ortsnahen Versorgung der Bürger
- ◀ eine konsequente Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung.
- ◀ Berücksichtigung des Klimaschutzes bei öffentlichen Ausschreibungen
- ◀ stärkere Berücksichtigung guter und sicherer Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen

### 3. Mobilität für alle

#### 3.1. Vorrang für Rad und Nahverkehr



Umweltzonen und Fahrverbote sind ein Beleg dafür, dass der motorisierte Individualverkehr – das Auto – die umweltschädlichste Art der Mobilität ist. Ein flächendeckender Umstieg auf klima- und umweltgerechte Mobilität ist notwendig. Das kann nur funktionieren, wenn ein attraktives Radwegenetz und ein gut funktionierendes Bus- und Bahnsystem (ÖPNV) zur Verfügung stehen. Tatsächlich wird die Qualität des ÖPNV mit dem Argument der notwendigen Sparmaßnahmen immer weiter verringert und die bestehenden Radwege verfallen. DIE LINKE strebt ein dicht getaktetes, preiswertes Nahverkehrsnetz an, das

den Nutzern auch in den Abendstunden verlässlich zur Verfügung steht. Zusammen mit sozialen Initiativen wollen wir die flächendeckende Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV, das diesen Namen auch verdient. Der gesamte Straßenraum muss für Radfahrer und Fußgänger attraktiv werden. Dazu gehören gut ausgebaut Radwege und

Straßenbegleitgrün, das zum Verweilen einlädt. Damit schaffen wir Platz für öffentlichen Lebensraum anstatt für weitere Asphaltwüsten.

DIE LINKE setzt sich für die konsequente Aufwertung des Radverkehrs als Alltagsverkehrsmittel ein. Dazu gehört auch die Vernetzung des Radverkehrs mit dem ÖPNV durch Radstationen und Fahrradmitnahmemöglichkeiten, sowie die Entwicklung einer Infrastruktur für E-Bikes und Pedelecs.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ kürzer und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen
- ◀ ein engmaschiges Streckennetz
- ◀ barrierefreie Bahnhöfe und Bushaltestellen
- ◀ sinnvollere Anbindungen an den Bahnhöfen und an die Netze der Nachbarstädte
- ◀ ein echtes Sozialticket für Bus und Bahn
- ◀ seniorengerechte Einrichtung von Bus und Bahn
- ◀ frei zugängliche Ladestationen für Elektro-Zweiräder
- ◀ die Schaffung eines sicheren Fahrradwegenetzes in Gladbeck

#### 3.2. NEIN zur A52 – dabei bleiben wir!

Der geplante Ausbau der B224 zur A52 war kein Geschenk an unsere Stadt, sondern eine Zumutung, die von den Gladbeckern 2012 beim Bürgerentscheid zu Recht abgelehnt wurde. Unsere Nachbarstädte wollen die A52, um einen besseren Zugang zur A2 zu erhalten. Bund und Land wollen damit eine zügige Autobahndurchquerung Gladbecks und aller Nachbarstädte erreichen. Wir Gladbecker sind dabei ein Störfaktor, denn unsere Stadt ist an der geplanten Autobahn dicht bebaut. Lärm und Luftschadstoffe würden viele Bürger schlimm treffen und der Verkehr in der Stadt würde chaotisch werden. Deswegen sollten wir vom Bund, vom Landesverkehrsminister und vom Gladbecker Bürgermeister mit einem Versprechen auf ein kurzes Tunnelstück ruhig gestellt werden. Doch konkrete Tunnelplanungen existierten nicht. Auch andere Versprechen des Bundes und des Landes zum Bürgerentscheid werden jetzt gebrochen.

Die Ratsfraktion der LINKEN war die einzige Ratsfraktion, die den Bau der A52 stets ablehnte und trotzdem den Ratsbürgerentscheid über den Bau der A52 herbeiführen wollte. Alle anderen Fraktionen wollten die Ratsbürgerabstimmung nur, um den Bau der Autobahn

als Bürgerwillen ausgeben zu können, oder sie haben die Ratsbürgerentscheidung sogar ganz abgelehnt.

Nachdem sich die Bürger Gladbecks mit klarer Mehrheit gegen die A52 auf Gladbecker Stadtgebiet entschieden haben, muss der Stadtrat alles unternehmen, um den Entscheid der Bürger auch umzusetzen. Vor der Kommunalwahl 2014 haben alle Fraktionen behauptet, den Ratsbürgerentscheid zu beachten. Doch stattdessen haben die Autobahnbefürworter im Stadtrat den Bau der Autobahn begrüßt und damit den Ratsbürgerentscheid gegen die Stimmen der LINKEN gekippt. Alle Anträge der LINKEN, die sich gegen den Bau der A52 richteten, wurden abgelehnt.

DIE LINKE. Gladbeck steht zum Ratsbürgerentscheid und wird alle Versuche bekämpfen, eine dritte Autobahn durch Gladbeck zu bauen oder in Wittringen das Mammutautobahnkreuz zu errichten. Wir werden nicht aufhören, Forderungen nach einer besseren Verträglichkeit der B224 zu stellen. Verbesserungen auf der B224 sind möglich. Um das zu erreichen, werden wir weiterhin mit Bürgerinitiativen, dem BUND oder interessierten Einzelpersonen zusammenarbeiten.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Aufnahme der B224 in die Umweltzone Ruhrgebiet
- ◀ nächtliches LKW-Fahrverbot und Tempo 50 auf der B224 in Gladbeck
- ◀ optimalen Lärmschutz an der A2 in Brauck/ Butendorf
- ◀ den Schutz Wittringens und der Brillenteiche gegen den Lärm der A2 und der B224
- ◀ Verkehrsverminderung und den Umbau der B224 zu einer sympathischen städtischen Allee.

#### 4. Miteinander leben

Das Zusammenleben der Kulturen in den Stadtteilen muss gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit Migranten muss verbessert werden. Kulturelle und künstlerische Projekte stärken Identität und Selbstvertrauen. Interkultureller und interreligiöser Dialog fördert den Abbau von Vorurteilen und Ängsten. Dazu bedarf es konkreter Projekte vor Ort (z.B. Stadtteilbüros, Stadtteilstunden, stadtteilorientierte Jugendarbeit). Durch sportliche und soziale Aktivitäten können Vorurteile überwunden und gegenseitige Akzeptanz aufgebaut werden. Das können, mit Unterstützung aus Politik und Migrantenverbänden, auch Vereine

und soziale Einrichtungen leisten. Wichtig sind Ansprechpartner vor Ort sowie in den Behörden und in der Verwaltung. Dazu bedarf es der Einstellung von Migranten als Mitarbeiter der Verwaltung, in Krankenhäusern und bei der Polizei. Sie helfen Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden, haben Vorbildfunktion und fördern das Miteinander.



Gesellschaftlich nimmt zudem die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen, Lesben und Transgendern massiv zu, wie Studien und Alltagserfahrungen belegen. Auf die neue Welle von Homo- und Transphobie muss politisch offensiv reagiert werden. Intersexuelle Menschen und Transgender haben es besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden. Der gesellschaftliche Druck, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

Wir stellen uns gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern in unserer Stadt. Auch in Gladbeck gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Dazu gehört auch, junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind. Hierzu bedarf es der Unterstützung, auch finanzieller Art, von Vereinen wie SCHLAU Gladbeck durch die Stadt.

#### Entschieden gegen Hass und rechte Hetze

Auch wenn Viele das noch immer nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gerade in Gladbeck und den anderen Ruhrgebietsstädten ist das seit Jahrzehnten gelebte Tradition und hat unsere Stadt zu dem gemacht, was sie ist. Dieser Tatsache muss die Politik Rechnung tragen und vorsorgend aktiv werden. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen, nationalen oder der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Sprache, der Religionszugehörigkeit oder politischen Überzeugung muss präventiv und aktiv entgegengewirkt werden. DIE LINKE sieht die Integration dieser Menschen als große Aufgabe, die mit aller Priorität wahrgenommen wird. Ebenso steht sie für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.



Gladbeck wird zunehmend Aktionsgebiet für die neuen Rechten. DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander aller Menschen. Diskriminierendes Gedankengut rassistischer oder sozial- und gesellschaftspolitischer Art kommt jedoch quereb in unserer ganzen Stadt vor. Gerade in den jetzigen krisenhaften Zeiten muss den Versuchen rechtsradikaler Kräfte, daraus Kapital zu schlagen und die Gesellschaft mit Ihren menschenverachtenden und dämonisierenden Gedanken zu vergiften, vehement begegnet werden. Dazu wollen wir bürgerschaftliche Initiativen fördern und einen Fond schaffen, der mit finanziellen Mitteln den Widerstand gegen Rechts unterstützt.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung
- ◀ eine faire Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht von Abschiebung geprägt ist
- ◀ Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit
- ◀ individuelle verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung
- ◀ Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft
- ◀ das Projekt SCHLAU (Schwul-lesbische Aufklärung) stärker fördern
- ◀ Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für die Vergabe städtischer Mittel und Aufträge
- ◀ Schaffung der Stelle eines Integrationsbeauftragten

## 5. Bildung – kostenfrei für alle



Auf den Anfang kommt es an: Bereits in der Kita beginnt das lebenslange Lernen. Kitas gehören in die Zuständigkeit der Kommune, darum kann die Stadt Gladbeck Einfluss auf deren Qualität nehmen. In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Alle Kinder müssen, unabhängig vom Alter des Kindes oder der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben.

Deshalb muss sie gebührenfrei sein. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt.

Ein guter Personalschlüssel und buchstäblich viel Raum zur Entfaltung sind dabei Voraussetzung.

Ab dem ersten Schuljahr wird es schwieriger für die Kommunalpolitik, denn Bildung, insbesondere Schule, ist Ländersache. Die Kommunen sind zuständig für den Erhalt bzw. Neubau der Schulgebäude, sie können Initiativen und Projekte finanziell unterstützen, auf die Lehr- und Lerninhalte oder den Personalschlüssel hat sie jedoch keinen Einfluss.

In der Grundschule muss selbstverständlich sein, dass die Klassen nicht zu groß sind. Das darf die Stadt selbst regeln und wir setzen uns dafür ein, dass sie es auch tut. Es ist wichtig, dass unsere Schulgebäude laufend instand gehalten werden. Genauso wichtig sind ein gutes Ganztagsangebot und ein gesundes, kostenloses Mittagessen für jedes Kind. Auch ausreichend Schulsozialarbeiter müssen verfügbar sein. Zur Finanzierung müssen Bund und Land den Städten für diese Aufgaben mehr Geld zur Verfügung stellen.



Unser mehrgliedriges Schulsystem schneidet im Vergleich zu anderen Industriestaaten eher schlecht ab. Es führt zu mangelhaften Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. Für ein Viertel der Kinder schafft unser Schulsystem nicht die notwendigen Startbedingungen für den Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Diese Kinder werden aufgegeben. Statt sitzen zu bleiben sollten die Kinder ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit kein Kind ohne Schulabschluss die Schule verlässt.

Unser Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. Sollen Chancengleichheit, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und die Inklusion bewältigt werden muss konsequent in unser Bildungssystem investiert werden. Wer glaubt, dass diese Ziele mit gleichbleibenden Kosten oder sogar mit Einsparungen verwirklicht werden können, verspielt die Zukunft unserer Kinder.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr
- ◀ die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels
- ◀ eine Gesamtschule für den Gladbecker Süden; auch in Brauck sollen junge Menschen bis zum Abitur lernen können

- ◀ kostenlose Erstausrüstung für alle Schulanfänger
- ◀ Ausstattung aller Schüler mit Tablets für den digitalen Unterricht

## 6. Kultur für alle – kreativ und vielfältig



Kultur ist kein verzichtbares Extra, sondern unverzichtbares Teil des Lebens der Menschen in unserer Stadt. Wir fordern keine Philharmonie für Gladbeck. Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Lebens in unserer Stadt

fördern. Nur Menschen wissen um den Wert von Kultur und alle Menschen brauchen Kultur.

Wir verlangen für alle Bürger, Erwerbstätige wie Rentner oder Erwerbslose, den gleichberechtigten Zugang zu den kulturellen Einrichtungen und Vergünstigungen für diejenigen, die sich sonst Theater, Bildung oder auch Sportveranstaltungen nicht leisten können.

Menschen brauchen Räume für ihre kulturellen Aktivitäten, ganz gleich ob sie einen Chor gründen oder in eigener Regie Kultur für andere anbieten wollen. Hinterzimmer in der Gastronomie oder kostenlos nutzbare Räume in Kirchengemeinden werden knapper, hier müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Räume zur Selbstverwirklichung für alle, die kreativ werden wollen
- ◀ Vielfalt von Veranstaltungen, um Kultur für Menschen erlebbar zu machen
- ◀ Hilfestellung bei der Vernetzung und Umsetzung von Veranstaltungen
- ◀ einen Schutzschirm für bestehende Einrichtungen und Aktionen
- ◀ Angebote, die es Menschen ermöglichen, neue Erfahrungen zu machen

## 7. Sport und Freizeit

Der Sport verbindet Menschen unabhängig von Alter, Bildung, sozialem Status, Herkunft, Religion oder körperlicher Fitness. Dies geschieht bei jeder sportlichen Aktivität, insbesondere im Verein fördert der Sport diese Verbindung.



Sport steigert die Leistungsfähigkeit, die Motorik, die Ausdauer und das Konzentrationsvermögen und stärkt das Immunsystem. Hierdurch ist es die Grundlage einer leistungsfähigen Gesellschaft nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Beruf, und ist Rückgrat in Zeiten gesundheitlicher Anspannung. Die gesundheitsfördernde Wirkung übersteigt bei weitem die durch den Sport selbst verursachten negativen Auswirkungen, daher hat Sport nicht nur einen Freizeitwert, sondern ist in einer

funktionierenden Gesellschaft unverzichtbar.

Da Sport auch immer einen zeitlichen Wandel unterliegt, ist darüber hinaus klar, dass die Sportlandschaft eine recht dynamische Welt ist. Neue Sportarten entstehen, neue Vereine entstehen, leider gehen auch Vereine und Sportangebote wieder unter. In diesem dynamischen Prozess ist es immer notwendig, Sportstätten, Sportler und Trainer in neuer Kombination zusammenzuführen, so wie es derzeit eine überkommunale Verschiebung eines Sportvereines in einer Nachbarstadt gibt. Diese muss aber immer mit und darf nie gegen die Interessen der beteiligten Sportler geschehen. Auch hier muss die Politik mit Lösungen die Sportler unterstützen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Zugang zu sportlicher Betätigung für alle Menschen
- ◀ Verfügbarkeit von Hilfsmitteln bei körperlichen oder geistigen Einschränkungen
- ◀ Förderung von Kindern in ihrer körperlichen Entwicklung ab dem Kindergarten
- ◀ Schwimmbildung für alle Kinder während der Schule
- ◀ finanzielle Probleme bei Kindern und Jugendlichen sind durch entsprechende Förderungen aufzufangen
- ◀ altengerechte Sportangebote, um möglichst lange die Selbständigkeit zu erhalten
- ◀ Förderung nicht nur des Spitzensports, sondern insbesondere des Breitensport durch die Kommune
- ◀ Unterstützung der Vereine und Übungsleiter für deren Fortbildung
- ◀ Förderung von E-Sport
- ◀ normgerechte Sportstätten für Durchführung von Meisterschaften
- ◀ Kompensation der Corona-bedingten Finanzdefizite der nicht gewinnorientierten Sportvereine

## 8. Gladbeck braucht den Schuldenschnitt



Mit dem Kürzungspakt, von den anderen Parteien auch gerne „Solidarpakt“ genannt, ging eine massive finanzielle Belastung der Gladbecker Bürger einher. SPD und Grüne drehten massiv an der Gebührenschraube. Eintrittsgelder, z.B. des Hallenbades, wurden erhöht, Beiträge zu VHS, Musikschule usw. wurden deutlich teurer.

Die Grundsteuer wurde von SPD, Grünen und FDP massiv erhöht. Diese Kosten werden von den Hausbesitzern auf die Mieten aufgeschlagen. In der Innenstadt zahlen Geschäftsleute deutlich höhere Grundsteuern. Das schlägt sich in den Preisen nieder, die alle Bürger für die Waren bezahlen müssen. Auch die Gewerbesteuer ist stark erhöht worden. Diese Mehrkosten legen die Unternehmen auf die Preise um, so dass auch hier die Kunden die Zeche zahlen. DIE LINKE hat den sogenannten „Solidarpakt“ immer als Kürzungspakt abgelehnt und lehnt ihn auch künftig ab. Die Entschuldung unserer Stadt ist wichtig, kann jedoch nur mit Unterstützung von Land und Bund erfolgen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ auskömmliche Finanzierung für alle Kommunen
- ◀ Einrichtung eines Altschuldenfonds
- ◀ gerechte Gegenfinanzierung für Aufgaben, die Bund und Land auf die Stadt übertragen

## 9. Öffentliche Aufgaben in öffentliche Hände

Mit der Parole „Privat vor Staat“ wurde gezielt eine verhängnisvolle Politik betrieben, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit der Kommunen führt. Die Bürger werden ihres kommunalen Eigentums beraubt, damit Privatunternehmen und Konzerne sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Größere Projekte sind nur noch als PPP (Private Public Partnership) möglich. Dabei tritt ein Privatunternehmen als Bauherr auf und die öffentliche Hand wird zum Mieter. Die tatsächlichen Kosten werden hierbei oft verschleiert. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung.



Privatisierte Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Wir, die Bürger, zahlen die Zeche.

DIE LINKE. Gladbeck will eine Stärkung des ortsnahen, bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen führen zu Leistungseinschränkungen für die Bürger, deshalb lehnen wir dies ab. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in seriöse öffentliche Hände. Die für eine Stadt notwendige Infrastruktur – Polizei, Finanzverwaltung, Rettungsdienst, Feuerwehr und ortsnahe Verwaltungsstellen – ist in den letzten Jahren zurückgebaut worden. Das möchten wir wieder ändern.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben
- ◀ Rekommunalisierung ausgegliederter Aufgaben
- ◀ ortsnahe und ausreichende Präsenz von Polizei
- ◀ Rückverlagerung der Leitstellen von Polizei- Feuerwehr- und Rettungsdiensten nach Gladbeck
- ◀ keine weiteren PPP-Projekte

## 10. Transparenz in Politik und Verwaltung



Die Freiheit einer Gesellschaft misst sich auch daran, wie groß die Mitgestaltungsmöglichkeiten für jedermann sind. In den Kommunen liegen die größten Potenziale für zivilgesellschaftliches Engagement und aktives Mitgestalten. Hier findet sich die Chance einer intensiven Kommunikation zwischen Politik und Bürgern.

Instrumente der direkten Demokratie, Partizipation und Transparenz können gerade hier eng miteinander verkoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. DIE LINKE will die Gesetze zur Abhaltung von Bürgerabstimmungen zu allen großen Vorhaben anwenden.

Die Gesellschaft mitgestalten, politische Entscheidungen beeinflussen – dies kann für Bürger nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen für sie durchschaubar sind. Dazu ist es notwendig, dass alle Auskunfts- und Informationsmöglichkeiten umfassend gestärkt werden und nicht erst vor Gerichten eingefordert werden müssen. Eine weitere Möglichkeit für den Abbau von Demokratiedefiziten sieht DIE LINKE in der Rechenschaftspflicht der vom Stadtrat in die verschiedensten Gremien entsandten Ratsmitglieder. Diese Entsendungen müssen an konkrete politische Aufgabenstellungen geknüpft werden.

Unser Ziel ist eine umfassende Demokratisierung unserer Stadt. Auch deswegen führt DIE LINKE alle Versammlungen ihrer Ratsfraktion seit jeher als öffentliche Sitzung durch.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ Öffnung politischer Diskussions- und Entscheidungsprozesse für die Teilnahme der Bevölkerung
- ◀ Rechenschaftspflicht für entsandte Ratsmitglieder
- ◀ mehr Transparenz in den Sitzungen des Rates und aller Ausschüsse

**Wir machen Gladbeck  
zu deiner Stadt!**  
**Mach mit!**

**[www.dielinke-gladbeck.de](http://www.dielinke-gladbeck.de)**

Die Linke. Gladbeck  
Lambertstraße 7  
45964 Gladbeck

Tel.: 02043 / 3 78 22 40  
[info@dielinke-gladbeck.de](mailto:info@dielinke-gladbeck.de)

[www.dielinke-gladbeck.de](http://www.dielinke-gladbeck.de)  
[www.facebook.com/DieLinke.Gladbeck](https://www.facebook.com/DieLinke.Gladbeck)  
V.i.S.d.P.: Rüdiger Jurkosek